

Resolution zum SSW-Landesparteitag

September 2008, Husum

Landesverband

Schiffbrücke 42
24939 Flensburg
Tel. (0461) 144 08 310
Fax (0461) 144 08 313
info@ssw.de

Von Arbeit leben

Der SSW-Landtagsparteitag spricht sich gegen Niedrig- und Dumpinglöhne aus und setzt sich dafür ein, dass jede Arbeitnehmerin und jeder Arbeitnehmer in unserer Region mit deren Familie nach skandinavischem Vorbild von seinem Lohneinkommen leben können muss. Die SSW-Delegierten fordern daher:

1. Das Tariftreuegesetz für Schleswig-Holstein muss bestehen bleiben - gegebenenfalls durch Initiativen der Landesregierung und Bundesregierung auf europäischer Ebene.
2. Ein branchenbezogener Mindestlohn muss nach europäischen Vorbildern - wie in Dänemark und Skandinavien - bundesweit eingeführt werden.
3. Die Kontrollen der jetzt schon existierenden Mindestlohnregelungen - zum Beispiel in der Bauwirtschaft - müssen verstärkt werden.
4. 400-Euro-Jobs sind dort abzubauen, wo sie sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze gefährden, wo die Arbeits- und Lohnbedingungen nicht tragbar sind und wo sie keine längerfristige berufliche Perspektive beinhalten.
5. Eine zukünftige Steuerreform muss eine merkbare Entlastung für die niedrigeren und mittleren Einkommen bringen und sollte durch eine höhere Besteuerung der höheren Einkünfte und der großen Unternehmen voll gegenfinanziert werden.
6. Die Maßnahmen zur beruflichen Bildung müssen maßgeschneiderte Qualifizierungen für schlechter ausgebildete Arbeitnehmer beinhalten.



Begründung:

Laut einer Studie ist das Realeinkommen des am wenigsten verdienenden Bevölkerungsviertels seit 1995 um 14 % gefallen. Im gleichen Zeitraum sind die Realeinkommen des am besten verdienenden Bevölkerungsviertels um 3,5% angestiegen. Eine Ursache dafür ist, dass sich in Deutschland ein Niedriglohnsektor entwickelt hat, der bereits über 20% aller Beschäftigten umfasst. Auch im Landesteil Schleswig ist die Arbeitslosenquote zwar in den letzten Jahren gefallen, aber gleichzeitig können viele der Beschäftigten von ihrem Einkommen nicht leben - das gilt insbesondere für die sogenannten 400 Euro-Jobber. Damit die Menschen auch in Zukunft im nördlichen Landesteil arbeiten und leben können, muss die Landesregierung sich dafür einsetzen die Rahmenbedingungen für die arbeitende Bevölkerung zu verbessern. Dazu gehören die Weiterführung des Tariftreuegesetzes, die Einführung von Mindestlöhnen nach skandinavischem Vorbild sowie eine Steuersenkung für die unteren und mittleren Einkommen. Besonders viele schlechter qualifizierte Beschäftigte arbeiten im Niedriglohnsektor und daher muss die berufliche Bildung und Weiterbildung verstärkt dieser Gruppe maßgeschneiderte Angebote machen, damit sie beim nächsten wirtschaftlichen Abschwung nicht wieder Arbeitslos werden.

Flemming Meyer

- Landesvorsitzender -

